



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	5
Öffentliche Anhörung zum Thema Wolf	5
Unser Bundestagskandidat im Wahlkreis 160 Dresden II / Bautzen II, Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort	5
PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen	6
Dulig genehmigt sich teures TV-Format!	6
Pflege durch Angehörige fördern – Notstand endlich beenden!	6
Bund reduziert Lausitzer Strukturprojekte auf ein Minimum	7
Dreibeiniger WOLF humpelt seit Monaten im LK Bautzen durch Feld und Flur und startet nun Attacken gegen die „störende“ Person	8
Termine – Kreisverband Bautzen.....	9
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	10
Jetzt AfD-Mitglied werden!.....	10
Webseite Karsten Hilse, MdB	10
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	11
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 20.6.2021	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 26./27.6.2021	13
Erneut Würzburg!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.6.2021	13
Noch mehr Geld für den MDR?	13
3,5 Millionen € Corona-Bußgelder: Nur das Abkassieren funktioniert!	14
AfD-Antrag: Kernenergie ist eine nachhaltige Investition!	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 29.6.2021	15
Messermörder bereits in Chemnitz auffällig: Warum handelte CDU-Innenminister Wöllner nicht?	15



Rassismus im Grünen Gewölbe?	16
Regionalität stärken: Tagelange Tiertransporte ins Ausland verbieten!	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.6.2021	17
Verteilung der Kohlegelder: CDU-Filz finanziert eigene Interessen, statt neue Jobs.....	17
Ungarns „Gesetz zum Schutz der Kinder“ ist vorbildlich!	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.7.2021	18
Islamistische Gefahr wächst: Wann gibt es den nächsten Toten in Sachsen?.....	18
Neues von der Alternative für Deutschland	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.6.2021	19
Unsere Bürger vor Zuwanderer-Kriminalität schützen!	19
Baerbock hat schon bei der Führung ihres kleinen Grünen-Landesverbandes versagt, will aber Deutschland regieren	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 29.6.2021	21
Grüner Sturzflug: Kanzlerkandidatin Baerbock hat offenbar in ihrem Buch auf peinlichste Weise abgeschrieben.....	21
Im Saarland zeigt sich, wie die Grünen zur Demokratie stehen	21
Steigende Strompreise sind Folge eines staatlichen Klimaklientelismus!	22
Fußballveranstaltungen dürfen nicht einseitig politisieren.....	22
Merkels Migrationspolitik importiert islamistischen Terror und bedeutet Tod und Elend in Deutschland	23
Vor WEM knien die eigentlich genau...?	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.6.2021	25
Für eine günstige und gesicherte Energieversorgung steht nur die AfD	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.7.2021	25
Unabhängige Richterschaft und Rechtsstaat in akuter Gefahr	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.7.2021	26
Austritt der Türkei aus Istanbul-Konvention	26
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	26
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 26./27.6.2021	26
Ruttes Angriff auf Ungarn ist inakzeptabel.....	26
Ohne Merkels Grenzöffnung könnten die Opfer von Würzburg noch leben	27
PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.6.2021	28
Fünf Tage Quarantäne für Urlaubsrückkehrer muss sofort vom Tisch	28
Olaf Scholz verzichtet auf Geld, das ihm nicht gehört.....	28
Bundesregierung hat keine Kenntnis über die essenziellsten Gesundheitsfaktoren.....	29



PRESSEMITTEILUNGEN vom 29.6.2021	30
Wer kniet, ist verzweifelt!.....	30
Besser als Truppenaufmärsche und Militärübungen wäre endlich Dialog mit Russland.....	30
PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.6.2021	31
Islamistische Terrortat von Würzburg nicht relativieren	31
„Strategie für den Games-Standort Deutschland“ ist viel heiße Luft	31
Der abrupte Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist die Konsequenz aus dem gescheiterten Einsatz	32
Deutsches Kontingent aus Mali abziehen	32
PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.7.2021	33
Staatlich gefördertes Höfesterben unter dem Deckmantel des Klimaschutzes beenden.....	33
Impfaufforderung an Hubert Aiwanger ist auch Ergebnis seiner eigenen Politik	33
PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.7.2021	34
Klare Worte von Kurz – beschämende Relativierungen von Seehofer.....	34
Video-Empfehlungen	35
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	35
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	35
Kanal von AfD Kompakt TV	35
Wochenendpodcast der AfD.....	35
AfD im EU-Parlament.....	35
Meldungen aus Deutschland und der Welt	35
Vermischtes aus Deutschland und der Welt.....	35
Asyl – der amtlich organisierte Wahnsinn	35
Indoktrination der Jüngsten: Kinderbücher verbreiten Corona-Panik und Transgender-Ideologie	35
„Die Mannschaft“ kündigt Geste für Black-Lives-Matter an: Für wen kniet ihr eigentlich?	35
Schwere Plagiatsvorwürfe gegen Baerbock: Teile von Buch abgeschrieben?	36
Tschechiens Präsident will keine LGBTQ-Demonstrationen.....	36
Präsidentenwahl: Immer mehr US-Staaten prüfen auf Wahlbetrug.....	36
Informationen zum Coronavirus	36
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	36
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	36
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	36



Corona-Irrsinn immer unerträglicher: Mutter musste Schwimmbad vorzeitig verlassen weil Corona-Test auslief	36
Gesundheitsamts-Chef: Schluss mit Test-, Überwachungs- und Regelungswahn	36
Mehr Druck auf Impfverweigerer?	36
Beim „Impfweltmeister“ Israel explodieren Corona-Zahlen	36
CIA-Neurobiologie-Experte über die Steuerung des menschlichen Gehirns mittels RNA-Impfstoffen	36
Corona-Infos für Sachsen	37
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	37
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	37
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	37
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“.....	37
Ein 24-Jähriger sticht in Würzburg wahllos auf Menschen ein.	37
Debatte nach Würzburg-Attacke: BKA-Papier zeigt wahres Ausmaß der Zuwanderer-Kriminalität	37
Nach den Morden von Würzburg: „Nein, Herr Seibert! Ich bin es leid!“	37
Würzburger sprengt Tagesschau: „Wir haben Angst in diesem Land“	37
Mann attackiert Passanten mit Messer in Erfurt	37
NACH LEICHENFUND IN GORBITZ: OPFER IDENTIFIZIERT, BESCHULDIGTER IN U-HAFT!.....	37
Getötete 13-Jährige in Wien: zwei junge Männer festgenommen, Einvernahme am Dienstag	37
Mordfall Leonie: Dritter Verdächtiger ist verurteilter Sexualstraftäter	37
Syrer belästigen Frauen und schlagen Zeugen bewusstlos	37
DRESDEN-GORBITZ: 25-JÄHRIGER BEDROHT KINDER MIT MACHETE UND MESSER, RUFT "ALLAHU AKBAR"	38
Fakten in Bildern	38
Achtung Satire!	39
Kommunalmandate im KV Bautzen	40
PRESSE-ARCHIV.....	40
SPENDENKONTO.....	40
KONTAKT:.....	40



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Öffentliche Anhörung zum Thema Wolf

Am Donnerstag, den 8. Juli 2021 findet im Sächsischen Landtag eine Anhörung zum Thema Wolf statt.

Wenn jemand Interesse hat, diese Anhörung ist öffentlich.

Unter diesem Link kann man sich über die betreffenden Anträge informieren:

<https://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/sitzungskalender/tagesordnung/1604?dateForBacklink=01.07.2021&isPlenum=False>

Unser Bundestagskandidat im Wahlkreis 160 Dresden II / Bautzen II, Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort



Termine Bürgerfragestunde

Ort: Radeberg, Dresdner Straße 7

Sonntag, 04. Juli 2021, 13 Uhr bis 14 Uhr

Mittwoch, 07. Juli 2021, 11 Uhr bis 13 Uhr

Freitag, 09. Juli 2021, 17 Uhr bis 18 Uhr

Samstag, 17. Juli 2021, 13 Uhr bis 14 Uhr

Samstag, 07. August 2021, 14 Uhr bis 15 Uhr

Samstag, 21. August 2021, 13 Uhr bis 15 Uhr

Samstag, 28. August 2021, 13 Uhr bis 14 Uhr

Herr Prade war viele Jahre Unternehmer, ist Zertifizierter Sachverständiger, schreibt Bücher und arbeitet seit 2017 als Büroleiter im Deutschen Bundestag.

Er ist Listenkandidat für die Bundestagswahl am 26. September 2021 im Wahlkreis Dresden II - Bautzen II, WK 160.

Schauen Sie doch einfach mal vorbei. Wir freuen uns auf Sie und Ihre Fragen.

Dipl. Ing. Holger Prade



PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen

Dulig genehmigt sich teures TV-Format!

Eine Kleine Anfrage ([Drs. 7/6754](#)) von [Frank Peschel](#) hat enthüllt, dass sich [Wirtschaftsminister Martin Dulig](#) (SPD) auf Kosten des Steuerzahlers eine eigene TV-Sendung gönnt. Die sechs Sendungen des TV-Formats „Martin Dulig – konkret“ kosten das Ministerium insgesamt 12.566,40 Euro.

„Wirtschaftsminister Dulig sollte sich um Neuansiedlungen bemühen und die Probleme auf der Autobahn A4 beheben, statt seine Arbeitszeit mit Eigenwerbung zu vergeuden“, betont Peschel zu den gewonnenen Erkenntnissen aus der Kleinen Anfrage.

Im zurückliegenden Haushaltsplenum hatte die AfD-Fraktion ein rigoroses Zusammenstreichen der unzähligen Werbe- und PR-Maßnahmen der Regierung gefordert. Jedes Jahr werden mehrere Millionen Euro an Steuergeld für Werbeanzeigen, Meinungsumfragen, Sektempfänge und ähnliches ausgegeben. „CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer zeigt sich dabei leider besonders verschwenderisch“, so Peschel. Er genehmigte sich seit seinem Amtsantritt Eigenwerbung in Höhe von mindestens 846.322,08 Euro (vgl. [Drs. 7/4100](#)).



Zum Vergleich: Sein Vorgänger Stanislaw Tillich war ein kleines bisschen sparsamer. Er verzichtete komplett auf überteuerte Briefe an die Bürger und überflüssige Quasselrunden.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/dulig-genehmigt-sich-teures-tv-format/>

Pflege durch Angehörige fördern – Notstand endlich beenden!

In Sachsen arbeiten derzeit rund 72.000 Altenpfleger. Das ergab die AfD-Anfrage (7/6680). Allein um das aktuell niedrige Qualitäts-Niveau der Betreuung zu halten, müssten in den nächsten zehn Jahren 20 Prozent mehr Pflegekräfte eingestellt werden. Das ergibt sich aus der sächsischen Pflegeprognose (6/14500), die eine zunehmende Zahl an alten und pflegebedürftigen Menschen vorhersagt.



„Der Pflegenotstand in Sachsen ist so gravierend, dass wir völlig neue Wege gehen müssen“, erklärt die familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Doreen Schwietzer. „Ohne die Stärkung der häuslichen Pflege durch Familienangehörige wird das System zusammenbrechen. Außerdem wollen viele Familien gern ihre Eltern oder Großeltern zu Hause pflegen, können sich das aber finanziell nicht leisten.“

Deshalb haben wir bereits mehrmals Anträge im Landtag gestellt, Angehörigenpflege besser zu unterstützen (7/5242). Zusätzlich wollen wir die Lücken durch den weggefallenen Zivildienst schließen und mehr Stellen



für ein freiwilliges soziales Jahr (FSJ) anbieten (7/1514). Unverantwortlicher Weise wurden alle Anträge von den etablierten Parteien abgelehnt.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/4118554191547401/>

Bund reduziert Lausitzer Strukturprojekte auf ein Minimum

Wie die Staatsregierung bekannt gab, erfolgt keine Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden-Görlitz und Dresden-Zittau sowie der Ausbau der Autobahn A4.

Dazu kommentiert Frank Peschel, Landtagsabgeordneter aus der Oberlausitz:

"Die Bundesmaßnahmen zum Strukturwandel in der Oberlausitz offenbaren das verkehrspolitische Versagen der Bundesregierung. Wenn die Politik den Wirtschaftsstandort Oberlausitz ernsthaft halten und gute Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen will damit Arbeitsplätze entstehen, muss in Infrastruktur investieren werden. Die jetzt vereinbarten Projekte werden die Oberlausitz zukünftig nicht stärken, sondern weiter schwächen.

Die Nicht-Elektrifizierung der Bahnstrecken Dresden-Görlitz und nach Zittau sind ein großer Fehler.

Bereits nach der Ölkrise 1979/1980 war die Strecke Dresden-Görlitz für eine Elektrifizierung vorgesehen. 2003 erfolgte ein Abkommen zwischen dem Bundesverkehrsministerium und dem Minister für Infrastruktur der Republik Polen. Ziel war die Elektrifizierung. Ergebnis heute: Stillstand!

Nicht nur für den Fernverkehr ist diese Strecke wichtig, auch für den Nahverkehr. Eine S-Bahnlinie wäre enorm wichtig, um einerseits die Autobahn zu entlasten, andererseits auch die Attraktivität der Städte im Oberland und Bischofswerda zu erhöhen sowie die Nutzung des ÖPNV zu stärken.

Das der Ausbau der A4 nicht umgesetzt wird ist bezeichnend. Die A4 ist die wichtigste Autobahnverbindung zwischen Mitteldeutschland und Polen, mit einem jährlich steigenden Verkehrsaufkommen.

Die jetzt getroffenen Maßnahmen vom Bund werden die Abwanderung junger Menschen in der Oberlausitz noch verstärken, sowie den Wirtschafts- und Lebensstandort Oberlausitz verschlechtern.

Es ist für mich absolut nicht nachvollziehbar, dass Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung keine Kritik am Bund äußern und stattdessen die Reduzierung der Strukturprojekte auf ein Minimum noch positiv vermarkten."

<https://www.facebook.com/photo?fbid=911544619404754&set=a.113394959219728>



Dreibeiniger WOLF humpelt seit Monaten im LK Bautzen durch Feld und Flur und startet nun Attacken gegen die „störende“ Person

Am Mittwoch, den 23.06.2021 ereignete sich um 11:22 Uhr auf der Landstraße zwischen Neschwitz und Caßlau im Kreis Bautzen ein Wolfseignis, zu welchem der Sachverständige Herr Gerhards von dortigen Anwohnern um fachliche Mithilfe, Wildtier- Wolfs Monitoringhilfe gebeten wurde. Da viele Meldungen an das LfULG ins Leere laufen oder abgetan werden und wenn sie veröffentlicht werden, abgeschwächt und verniedlicht werden, werden die meisten Vorfälle und Ereignisse nicht mehr gemeldet. Die Bevölkerung hat kein Vertrauen mehr zum LfULG.

Ein Fahrzeugführer erspähte den Wolf, hielt an und ging in Richtung Wolf. Der Wolf fixierte diesen. Dieses Verhalten ist nicht üblich für einen normalen scheuen Wolf.



Der Wolf verließ seinen Kurs und bog in Richtung Mensch, welcher fotografieren wollte, ab. Dieser bekam Angst und flüchtete ins Auto zurück. Der Wolf näherte sich auf ca. 3m.

Dazu erklärt Timo Schreyer, Mitglied der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag:

„Dieser dreibeinige Wolf hat laut Sachverständigen alle Anzeichen: stark abgemagert, minimale körperliche Fitness und lange Mundwinkel des Tieres. Dies zeigt in den Calmingsignals, dass er unter starkem Stress und Schmerz leidet. Dieser Dreibein-Wolf ist eine hochbrisante, tödliche Gefahr für Mensch (speziell Kinder) und Haustier.

Warum werden keine öffentlichen Warnmitteilungen zu diesem Dreibein-Wolf von der LfULG herausgebracht? Ist das Wolfsmonitoring außer Kontrolle geraten? Ist ein so ehrgeiziges Naturschutzprojekt „Wolf“ mehr wert, als ein Menschenleben, die öffentliche Sicherheit und der gesetzliche Tierschutz? Wie lange muss der dreibeinige Wolf noch leiden? Jedes andere Tier würde erlöst werden.

Der Wolf ist immer noch nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie „streng geschützt“. Jedoch darf ein Problemwolf nach der FFH-Richtlinie 173 im Artikel 16 als Ausnahme der Natur entnommen werden. Viele Länder machen von diesem Artikel Gebrauch. Herr Landrat Harig steht nun in der Pflicht, dieses durchzusetzen, um die Sicherheit für Mensch und Tier wieder herzustellen. Die Staatsregierung fördert den Wolfsmonitoring LfULG, sieht sich jedoch nicht befugt in die FFH-Richtlinien des [Bundesnaturschutzgesetzes](#) einzugreifen oder Anträge zu stellen. “

Bilder: Archiv Herr Gerhards

Timo Schreyer
Mitglied des Sächsischen Landtages



Termine – Kreisverband Bautzen

Fr	02.07.21	19.00 Uhr	Unter Gasthof Wachau	STAMMTISCH der Regionalgruppe Arnsdorf/Radeberg
So	04.07.21	13.00-14.00 Uhr	Bürgerbüro Dresdner Str. 7 01454 Radeberg	BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Listenkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Dresden II/Bautzen II Wahlkreis 160
Mi	07.07.21	11.00-13.00 Uhr	Bürgerbüro Dresdner Str. 7 01454 Radeberg	BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Listenkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Dresden II/Bautzen II Wahlkreis 160
Mi	07.07.21	11.00-14.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Mi	07.07.21	15.00-18.00 Uhr	Platz der Völkerfreundschaft (am Kaufland) Bautzen	INFOSTAND JÖRG URBAN Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Fr	09.07.21	17.00-18.00 Uhr	Bürgerbüro Dresdner Str. 7 01454 Radeberg	BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Listenkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Dresden II/Bautzen II Wahlkreis 160
Di	13.07.21	9.00-13.00 Uhr	Reichenstraße Bautzen am Reichturm	INFOSTAND AfD-KREISVERBAND BAUTZEN
Di	13.07.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	14.07.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	15.07.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	15.07.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen
Sa	17.07.21	13.00-14.00 Uhr	Bürgerbüro Dresdner Str. 7 01454 Radeberg	BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Listenkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Dresden II/Bautzen II Wahlkreis 160

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Jetzt AfD-Mitglied werden!

Es ist gut möglich, dass das Jahr 2021 zu einem Jahr der folgenschweren politischen Richtungs-Entscheidungen werden könnte – neben der Bundestagswahl im Herbst stehen zahlreiche Landtagswahlen in den Bundesländern an. Auf Bundesebene droht erstmals eine Regierungs-Vermählung der ohnehin vergrünten Merkel-CDU mit den Grünen. Dieses Szenario wollen wir unbedingt verhindern – und vor allem für eine noch stärkere AfD im Bundestag sorgen! Hier ist Ihre Gelegenheit, uns dabei zu unterstützen und Teil einer großartigen Gemeinschaft zu werden!

Acht Jahre nach ihrer Gründung am 6. Februar 2013 ist die AfD mit rund 32.000 Mitgliedern bereits eine große Familie, die für eine grundlegende politische Erneuerung eintritt. Doch diese Familie könnte noch größer sein! Jedes einzelne Mitglied ist von großem Nutzen, denn im Vergleich zu den alten Ex-Volksparteien haben wir bei den Mitgliederzahlen immer noch eine große Wachstumsphase vor uns. Und falls Sie sich noch nicht endgültig für einen Beitritt entscheiden möchten: Schauen Sie doch einmal bei einer AfD-Veranstaltung in Ihrem Umkreis vorbei und machen Sie sich selbst ein Bild! Oder noch besser: Füllen Sie hier gleich Ihren Mitgliedsantrag aus und leisten Sie damit Ihren Beitrag dazu, dass Deutschland eine freie, rechtsstaatliche und lebenswerte Zukunft haben wird: www.jetztafd.de



Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online. Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 20.6.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

mit der Brechstange will die Bundesregierung den Umstieg auf E-Autos durchsetzen. Um dieses Ziel so rasch wie möglich zu erreichen, denkt sie sich derzeit im Wochentakt neue Schikanen für die Bürger aus.

Die neueste Idee: Eine Kommission des Verkehrsministeriums empfiehlt laut „Handelsblatt“ die Einrichtung sogenannter „Nullemissionszonen“ in unseren Städten. In diesen Zonen sollen nur noch Elektrofahrzeuge, Fahrräder, Busse und Bahnen erlaubt sein.

Das hieße: Die Autofahrt der Pendler aus dem ländlichen Raum zu ihrer Arbeit in die nächstgrößere Stadt wäre dann verboten. Es sei denn, sie kauften sich schnell noch ein teures E-Auto. Gleiches würde für den Familienausflug am Wochenende nach Leipzig oder Dresden gelten. Ebenfalls betroffen wären zudem natürlich die Stadtbewohner selbst.

Für mein Empfinden laufen die geplanten „Nullemissionszonen“ daher auf staatlichen Zwang für die Mehrheit der Bevölkerung hinaus. Schritt für Schritt will es die Regierung erschweren, einen ganz normalen Benziner oder Diesel zu fahren.

Zunächst versuchte sie es mit Kaufanreizen für Elektroautos und richtete über 100 Förderprogramme für die E-Mobilität ein. Hinzu kam eine Befreiung von der Kfz-Steuer für zehn Jahre. Doch all diese Subventionen brachten kaum Verkaufserfolge, weil die Reichweite der E-Autos zu wünschen übriglässt und die Preise für Normalverdiener unerschwinglich sind.

Deshalb sollen nun anscheinend die Daumenschrauben weiter angezogen werden. Zu diesem Zweck dient auch die CO₂-Steuer. Sie treibt die Spritpreise derzeit in Richtung von zwei Euro pro Liter und das ist erst der Anfang, denn bis 2025 soll die CO₂-Steuer noch einmal verdoppelt werden.

Der Effekt: Regelmäßiges Autofahren dürften sich in wenigen Jahren nur noch Besserverdiener leisten können. Das alles geschieht mit dem scheinheiligen Argument, es sei gut für das Klima und die Umwelt. Aber stimmt das überhaupt? Erzeugen E-Autos wirklich „null Emissionen“, wie angepriesen?





Bereits 2019 entlarvte der renommierte, ehemalige Leiter des ifo-Instituts, Prof. Hans-Werner Sinn, diese Behauptung als „großen Schwindel“. Ein Elektro-Golf müsse erst einmal 219.000 Kilometer fahren, „bis er trotz seines CO₂-Rucksacks mit dem Diesel gleichzieht“, erläuterte Sinn. Unterm Strich sei somit die Klimabelastung eines E-Autos um elf bis 28 Prozent höher als bei einem Diesel.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen nun 171 Forscher, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) in einem Brandbrief vorgerechnet haben, dass die CO₂-Emissionen der E-Fahrzeuge doppelt so hoch liegen, wie offiziell ausgegeben. Das ist eine schallende Ohrfeige von Seiten der Wissenschaft.

Mir ist bei dieser Debatte jedoch sehr wichtig, nicht nur auf die CO₂-Zahlen zu starren. Um die Batterien der Elektroautos herstellen zu können, muss Kobalt im Kongo abgebaut werden. Zum Einsatz kommen dabei auch Kinder und Zwangsarbeiter. Das ist der Bundesregierung übrigens bekannt und trotzdem subventioniert sie die Elektromobilität.

Entsetzlich sind darüber hinaus die Zustände in Südamerika. Der für die Batterien ebenfalls notwendige Lithium-Abbau macht dort die Böden kaputt, sorgt für Wasserknappheit und hat ein großes Viehsterben ausgelöst.

All diese negativen Nebenwirkungen von der Herstellung bis zur Entsorgung spielen in der regierungsnahen Berichterstattung in Deutschland aber leider nur eine untergeordnete Rolle. Sie würden schließlich belegen, dass der Eifer, mit dem die CDU auf die E-Mobilität setzt, eine schlimme ideologische Verirrung ist.

Diese Verirrung vernichtet außerdem – subventioniert mit Steuergeldern (!!!) – unzählige Arbeitsplätze in der sächsischen Automobil- und Zuliefererindustrie.

Statt weiter ökoplanwirtschaftlich auf eine in vielerlei Hinsicht umweltschädliche Antriebstechnologie zu setzen, sollten wir deshalb die Vorzüge der Benziner und Diesel nicht vergessen. Sie immer umweltschonender zu machen, dürfte der klügste Weg sein.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/4173486106076588/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 26./27.6.2021

Erneut Würzburg!

Kanzlerin Merkel und ihre CDU-Höflinge tragen die Schuld an diesen brutalen Verbrechen. Drei Menschen würden noch leben. Den beim Amoklauf des „Allahu Akbar“-Rufenden Somaliers Verletzten wäre unsägliches Leid erspart geblieben – hätte man den „polizeibekanntem“ Gewalttäter inhaftiert und abgeschoben. Oder wäre er 2015 gar nicht „eingereist“. Die gesetzeswidrige Grenzöffnung von 2015 machte diese Verbrechen erst möglich.

Es wäre nun das Mindeste, wenn die Bundeskanzlerin sich in Würzburg vor den Opfern verneigen und sich den Fragen der Angehörigen der Ermordeten stellte!

„Einzelfall“, „psychisch krank“.

Wie oft töten und verletzen Merkels Gäste noch?



Die AfD Sachsen fordert die sofortige Inhaftierung und Abschiebung aller ausreisepflichtigen und straffällig gewordenen Asylbewerber!

Der Schutz unserer Bürger muss endlich wieder oberste Priorität haben.

Chemnitz 2018, Dresden 2020 - Auch wir Sachsen wissen: Würzburg ist überall!

Den Verletzten wünsche ich eine möglichst schnelle und vollständige Genesung.

Den Familien und Freunden der Ermordeten wünsche ich Trost und Kraft.

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/4172802739478258/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.6.2021

Noch mehr Geld für den MDR?

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat 2020 rund acht Milliarden Euro an Zwangsgebühren eingenommen. Trotzdem beschwert sich aktuell MDR-Programmdirektor Klaus Brinkbäumer, ehemaliger Chefredakteur des SPIEGEL zu Relotius-Zeiten, gegenüber der Leipziger Volkszeitung (LVZ) über zu wenig Geld. Ihm würden für den MDR 20 Millionen Euro pro Jahr fehlen.



Der Debatte um eine Erhöhung der Rundfunkzwangsabgabe gibt er damit neue Nahrung. Die **#AfD** setzt sich indes als einzige Partei dafür ein, die Zwangsgebühr abzuschaffen. In einem freien, demokratischen Land sollte jeder Bürger selbst entscheiden können, für welche Medienangebote er bereit ist, etwas zu bezahlen. Staatsnahe Berichterstattung über eine



versteckte Zusatzsteuer darf es auf keinen Fall geben.

Würden sich [#ARD](#), [#ZDF](#), [#MDR](#) und Co. auf ausgewogene Informationsvermittlung, Bildung und Kultur beschränken, ließen sich zudem mehrere Milliarden Euro pro Jahr einsparen. In Großbritannien, Frankreich und Italien ist der Rundfunk übrigens deutlich günstiger. Trotzdem kündigte die britische Rundfunkanstalt BBC vor gut einem Jahr an, noch einmal 20 Prozent des Etats einsparen zu wollen.

Wir sollten auf einen [#Grundfunk](#) hinarbeiten, der neutrale Berichterstattung über das politische Geschehen, Kultur und Allgemeinbildung anbietet. Alles andere ist verzichtbar. Würde sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf seine Kernaufgaben konzentrieren, wären viele Bürger sicherlich bereit, freiwillig für ein qualitativ hochwertiges Programm einen angemessenen Beitrag zu bezahlen. Die derzeitige Zwangsabgabe halten wir indes für inakzeptabel. ([Torsten Gahler, MdL](#), medienpolitischer Sprecher der [AfD Fraktion Sachsen](#))
<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3830407037088452/>

3,5 Millionen € Corona-Bußgelder: Nur das Abkassieren funktioniert!

In Sachsen wurden bisher Corona-Bußgelder von insgesamt 3,5 Millionen Euro verhängt. Laut dpa forderten die Kommunen 28.500 Mal Geld-Strafen für z.B. fehlende Masken oder Nichtbeachten der Ausgangssperre.



„Das Einzige, was in Sachsen klappt, ist offenbar das Abkassieren“, kritisiert der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Sebastian Wipfel](#). „Diese akribische Arbeit der Sicherheitsbehörden und starke Polizeipräsenz wäre hingegen in anderen Bereichen viel dringender erforderlich.“

Erst gestern wurde z.B. ein Mann in Dresden-Gorbitz von einem Afghanen erstochen. Ein anderes Beispiel ist das Migrantenviertel Eisenbahnstraße in Leipzig. Die eskalierende Waffengewalt wollte das CDU-Innenministerium tatsächlich mit einer sogenannten Waffenverbotszone in den Griff bekommen. Nach mehreren Jahren musste die Regierung nun feststellen, dass sich Kriminelle nicht von Verbotsschildern beeindrucken lassen. Ein konsequentes Eingreifen der Polizei und rechtzeitige Abschiebungen hätten diese Straße nicht zu einer Kriminalitätshochburg verkommen lassen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/35-millionen-e-corona-bussgelder-nur-das-abkassieren-funktioniert/>

AfD-Antrag: Kernenergie ist eine nachhaltige Investition!

Die EU-Kommission will [Kernenergie](#) als nachhaltige Investition prüfen. Im AfD-Antrag (7/[6896](#)) wird die Staatsregierung aufgefordert, den EU-Vorstoß auf Bundesebene zu unterstützen.

Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):

„Viele EU-Länder sind mittlerweile zu der Erkenntnis gekommen, dass die geplanten CO₂-Reduktionsziele nur mit der Kernenergie erreicht werden können. Ohne praktikable Stromspeicher



ist die Energieerzeugung allein aus Sonne und Wind zum Scheitern verurteilt. Zudem ist es auch nach 20 Jahren Dauersubventionierung in Deutschland nicht gelungen, die erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig zu machen. Bürger und Industrie ächzen schon heute unter den höchsten Strompreisen weltweit.

Es ist also für die Politik eminent wichtig, die neuesten technologischen Entwicklungen in der Kernkraft wahrzunehmen und zu nutzen. Moderne Kernkraftwerke werden immer sicherer und auch die Lagerung nuklearer Reststoffe entfällt perspektivisch. Aussichtsreiche neue Konzepte könnten Endlager überflüssig machen.

Die AfD-Fraktion ist für Technologieoffenheit in der Energieerzeugung. Eine [Energiewende](#) nur auf der Basis von Sonne und Wind ist eine teure und gefährliche Sackgasse.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-kernenergie-ist-eine-nachhaltige-investition/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 29.6.2021

Messermörder bereits in Chemnitz auffällig: Warum handelte CDU-Innenminister Wöllner nicht?

Der somalische Messermörder von Würzburg lebte zuvor vier Jahre in Sachsen. Bereits in Chemnitz wurde der Asylbewerber wegen gefährlicher Körperverletzung mit einem Messer angeklagt, berichtet die WELT.



[Sebastian Wippel](#), innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„In Sachsen laufen noch hunderte weitere tickende Zeitbomben frei herum. Das CDU-Innenministerium muss endlich handeln und unsere Bürger vor dieser Gefahr schützen. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres verübten Asylbewerber 455 Rohheitsdelikte wie Raub und Körperverletzung (7/[6260](#)). Diese Migranten haben ihr Recht auf Asyl verwirkt und müssen unverzüglich abgeschoben werden.

Die Sicherheit der eigenen Bürger muss CDU-Ministerpräsident Kretschmer und Innenminister Wöllner wichtiger sein, als der Schutz krimineller Asylbewerber. Leider sieht es in Sachsen anders aus: Im Freistaat treiben allein 1.215 Asyl-Intensivtäter ihr Unwesen (7/[6259](#)). Nur ein Fünftel von ihnen sitzt in Haft und kaum einer wurde abgeschoben.

Insgesamt ist die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer auf fast 15.000 angewachsen. Dieser geduldete Rechtsbruch ist skandalös und verschlingt zusätzlich Unsummen aus unseren Sozialkassen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/messermoerder-bereits-in-chemnitz-auffaellig-warum-handelte-cdu-innenminister-woeller-nicht/>



Rassismus im Grünen Gewölbe?

Die Generaldirektorin der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, Marion Ackermann, fragt aktuell in der Sächsischen Zeitung, ob „diskriminierende Kunst“ aussortiert werden müsse. Stein des Anstoßes: der jahrhundertealte „Mohr mit Smaragdstufe“ im Grünen Gewölbe.



Ackermann sieht ihn als „problematisch“ an und freut sich daher über die Arbeit einer eigenen „Anti-Diskriminierungs-AG“, an der auch externe „thinkers of color“ beteiligt seien. Denn: Eine „kritische Aufarbeitung rassistischer und diskriminierender Aspekte“ der Sammlungen sei unbedingt erforderlich.

„Ohne jede Not stellt Frau Ackermann sächsische Kunstschatze unter Rassismus-Generalverdacht. Das macht mich fassungslos“, kommentiert dazu der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Thomas Kirste](#). „Statt die Agenda der Antifa-nahen Black Lives Matter-Bewegung mit peinlichen Arbeitsgruppen zu forcieren, sollte die Generaldirektorin

eigentlich alle Hände voll zu tun haben, um den guten Ruf des Grünen Gewölbes wiederherzustellen.“

Denn noch immer fehlt vom gestohlenen Staatsschatz jede Spur. Der Juwelendiebstahl am 25. November 2019 hätte indes durch ein besseres Sicherheitskonzept womöglich verhindert werden können. „Die unscharfen Schwarz-Weißbilder der Überwachungskameras aus dem Grünen Gewölbe haben uns zum Gespött der ganzen Welt gemacht. Allein dieser Dilettantismus für sich genommen hätte zur sofortigen Entlassung von Frau Ackermann führen müssen. Jetzt gibt es noch einen Grund mehr.“

Ackermann ist seit 2016 Generaldirektorin. Davor arbeitete die aus Göttingen stammende Kunsthistorikerin in Stuttgart.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/rassismus-im-gruenen-gewoelbe/>

Regionalität stärken: Tagelange Tiertransporte ins Ausland verbieten!

Auf der Autobahn A17 wurde gestern ein LKW gestoppt, der 800 Ferkel nach Rumänien transportierte. Die Tiere waren laut übereinstimmenden Medienberichten unterversorgt. Ihnen drohte der Hitzetod. Nach einer Abkühlung und Trinkwasserversorgung durch die Feuerwehr durfte der LKW dennoch weiterfahren.

Dazu erklärt der tierschutzpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Thomas Prantl](#):

„Die Fahrt nach Rumänien dauert mindestens zwei Tage. Das ist selbst unter normalen Bedingungen die reinste Tierquälerei. Wenn dann noch nicht einmal ausreichend Trinkwasser vorhanden ist, frage ich mich, warum dem LKW





die Weiterfahrt gestattet wurde. Muss dann etwa die Feuerwehr in Ungarn noch einmal anrücken, um die Tiere zu kühlen und zu versorgen? Und wie will man das von Sachsen aus kontrollieren?

Um genau solche Vorfälle generell zu unterbinden, fordert unsere Fraktion eine Begrenzung aller Tiertransporte auf fünf Stunden ([Drs. 7/6168](#)). Zudem setzen wir uns für ein Verbot der Transporte in EU-Drittstaaten ein. Denn leider führen manche Fahrten sogar bis nach Marokko oder in den Libanon ([Drs. 7/3378](#)), wo den Tieren zum Teil eine bestialische Behandlung droht.

Diese Zustände lassen sich nur verändern, wenn wir direkt in Sachsen unsere Schlachtstrukturen ausbauen und die regionale Land- und Ernährungswirtschaft stärken.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/regionalitaet-staerken-tagelange-tiertransporte-ins-ausland-verbieten/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.6.2021

Verteilung der Kohlegelder: CDU-Filz finanziert eigene Interessen, statt neue Jobs

Der Ärger über die Verteilung der Milliarden für den Kohleausstieg wächst. Zum einen entstehen mit dem Geld der Steuerzahler so gut wie keine neuen Industriearbeitsplätze. Zum anderen ist die Vergabe sehr intransparent.



„Nach Gutsherrenart vergibt ein CDU-Filz die Fördergelder“, kritisiert der bergbaupolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Roberto Kuhnert](#). „Die vielen Millionen kommen nicht dort an, wo die Kumpel arbeitslos werden. Dafür lassen sich einige CDU-Bürgermeister in entfernteren Orten Dinge finanzieren, mit denen sie schon lange ihr Prestige aufpolieren wollen.“

Verteilt wird das Geld über sogenannte Regionale Begleitausschüsse (RBA), die nicht demokratisch besetzt sind. So wird z.B. der AfD die Mitbestimmung vorenthalten, obwohl sie mit die stärkste politische Kraft in der Region ist.

Diese CDU-Kungelei muss aufhören. Wenn der Lausitz schon ein vorzeitiger Kohleausstieg aufgezwungen wird, muss wenigstens die Entstehung neuer Jobs gefördert werden. Davon ist leider weit und breit nichts zu sehen. Zudem wurde versprochene Infrastruktur wie die Verbindungsstraße Lausitz-Leipzig einfach gestrichen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/verteilung-der-kohlegelder-cdu-filz-finanziert-eigene-interessen-statt-neue-jobs/>

Ungarns „Gesetz zum Schutz der Kinder“ ist vorbildlich!

Seit Tagen wird das ungarische Gesetz zum Schutz der [Kinder](#) heftig diskutiert. Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Dr. [Rolf Weigand](#):



„Ungarns Gesetz zum Schutz der Kinder ist in weiten Teilen sehr vorbildlich. Wir werden deshalb einige Anregungen daraus für einen eigenen Antrag im Sächsischen Landtag aufgreifen, den wir gerade erarbeiten.“

Unser Ziel ist es, dass die Frühsexualisierung unserer Kinder aufhört. Die Gender-Ideologie hat z.B. nichts im sächsischen Bildungsplan zu suchen. Zudem wollen wir Vereine, die diese Ideologie verbreiten, aus unseren Kitas und Schulen heraushalten.

Vor diesem Hintergrund einer deutlichen Absage an all jene, die unsere Kinder indoktrinieren wollen, wird das ungarische Gesetz verständlich. Es wendet sich gegen Pädophilie und Pornographie. Darüber hinaus verbietet es die Werbung für Geschlechtsänderungen, wenn diese direkt an Kinder und Jugendliche adressiert ist. Aus Sicht unserer Fraktion darf es niemals zu Geschlechtsänderungen bei Kindern gegen den Willen ihrer Eltern kommen.



Dem Leipziger Philosophen Christoph Türcke zufolge hat sich die Zahl der Jugendlichen, die ihr Geschlecht ändern wollen, seit Aufkommen der Gender-Ideologie vervielfacht. Häufig handelt es sich um in ihrer Pubertät verunsicherte Jugendliche, die ihre Entscheidung später nicht selten bereuen. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang, dass die Geschlechtsänderungen in vielen Fällen mit schlimmsten psychischen Problemen einhergehen und laut einer schwedischen Langzeitstudie das Selbstmordrisiko signifikant erhöhen.“

Hintergrund: Hier können Sie das ungarische Gesetz in deutscher Sprache nachlesen: <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/das-steht-im-gesetz-der-regierung-orban/>
<https://afd-fraktion-sachsen.de/ungarns-gesetz-zum-schutz-der-kinder-ist-vorbildlich/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.7.2021

Islamistische Gefahr wächst: Wann gibt es den nächsten Toten in Sachsen?



Der Eritreer Ismail S. bedrohte am Montagabend mit einer Machete zwei Kinder in Dresden. Nun wurde bekannt, dass der abgelehnte Asylbewerber mit Duldung „Alluah Akbar“ brüllte und wahrscheinlich ein islamistisches Tatmotiv besteht.

Damit erhält die Bedrohung der Sachsen durch religiöse Fanatiker aus dem muslimischen Kulturkreis eine neue Dimension: Auch der islamistische Messermörder von Würzburg lebte vorher als Asylbewerber im Freistaat und fiel hier bereits durch Körperverletzung mithilfe eines Messers auf.

Zusätzlich wurde Anfang Juni ein syrischer IS-Unterstützer aus der Haft in Sachsen entlassen und muss nun von den



Sicherheitsbehörden rund um die Uhr überwacht werden. Die Landesregierung weigert sich, den abgelehnten Asylbewerber abzuschieben.

Dass der Inlandsgeheimdienst mit der Überwachung überfordert sein dürfte, zeigt nicht zuletzt der tote Tourist vom Oktober letzten Jahres. Hier stach der islamistische Täter fünf Tage nach seiner Haftentlassung in der Dresdner Altstadt zu.

Für die AfD-Fraktion gibt es bei dieser akuten Gefahr nur eine Lösung: Alle abgelehnten und kriminell gewordenen Asylbewerber müssen unverzüglich abgeschoben werden. Jeder weitere Tote geht sonst auf das Konto der CDU-geführten Staatsregierung.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/islamistische-gefahr-waechst-wann-gibt-es-den-naechsten-toten-in-sachsen/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.6.2021

Unsere Bürger vor Zuwanderer-Kriminalität schützen!



Deutschland.
Aber normal.



Ein aktuelles Lagebild des BKA widerlegt die Propaganda, dass es sich bei den Messer-Morden in Würzburg nur um „Einzelfälle“ handeln würde: Zwischen 2016 und 2020 zählten die Behörden rund 2000 Tötungsdelikte (exakt 1989 aufgeklärte Fälle), bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde. Wohlgedenkt: Mitgezählt zu den Zuwanderern wurden hier nur Asylbewerber, Kontingentflüchtlinge, Geduldete und Illegale. Und trotzdem sorgt allein diese Gruppe bei den Straftaten gegen das Leben für einen Zuwanderer-Anteil von 12,6 Prozent. Auch jenseits der Tötungsdelikte zeigt sich ein ähnliches Bild: Mit einem Anteil von 38,2 Prozent waren bei der Gesamtstatistik der Straftaten insbesondere tatverdächtige Zuwanderer aus

Syrien (27.561 Personen), Afghanistan (14.750) und Irak (9835) stark vertreten.

Höchste Zeit also, dass endlich gehandelt wird. Das bestätigt auch der furchtbare Fall in Würzburg, bei dem ein Somalier am hellen Tage drei Menschen mit einem Messer ermordete und sieben weitere Menschen verletzte. Der Täter hätte längst abgeschoben werden müssen: Vor einem halben Jahr bedrohte er Mitbewohner und Verwalter seines Obdachlosenheims mit einem Messer. Und erst vor wenigen Tagen sprang er vor ein Auto und nötigte den Fahrer, ihn als Beifahrer aufzunehmen. Trotzdem passierte wie so oft: Nichts. Diese von den etablierten Parteien



verantwortete Untätigkeit und Gleichgültigkeit bezahlten nun drei weitere unschuldige Menschen mit ihrem Leben. So geht es nicht weiter! Straftäter und illegale Einwanderer müssen konsequent und zügig abgeschoben werden, damit unsere Bürger vor der massiven Zuwanderer-Kriminalität geschützt werden.

[Focus.de: „Debatte nach Würzburg-Attacke: BKA-Papier zeigt wahres Ausmaß der Zuwanderer-Kriminalität.“](https://focus.de/„Debatte nach Würzburg-Attacke: BKA-Papier zeigt wahres Ausmaß der Zuwanderer-Kriminalität.“)

<https://afdkompakt.de/2021/06/28/unsere-buerger-vor-zuwanderer-kriminalitaet-schuetzen/>

Baerbock hat schon bei der Führung ihres kleinen Grünen-Landesverbandes versagt, will aber Deutschland regieren

Laut Medienberichten hat Annalena Baerbock bei ihrer ersten wichtigen Station ihrer Karriere als Vorstand des Landesverbandes der Brandenburger Grünen ihre „Aufsichtspflicht vernachlässigt“. Die Folge für den kleinen Landesverband: Ein erheblicher finanzieller Schaden.

Dazu Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin:

„Ein weiterer ‚Baerbock‘ wurden jetzt von den Medien aufgedeckt: Schon als Landesvorsitzende ihres kleinen Brandenburger Landesverbandes war sie offensichtlich überfordert und wurde laut WELT ‚ihren Pflichten nicht mit der erforderlichen Sorgfalt gerecht‘.

Baerbock weigerte sich, in einem Strafprozess gegen den Schatzmeister der Brandenburger Grünen Verantwortung zu übernehmen. Dieser hatte in die Kasse gegriffen. Dafür wurde er zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Baerbock wird laut WELT vom Gericht „eine Mitverantwortung bescheinigt“. Sie will aber keine Verantwortung für ihre ‚laxe Finanzkontrollen‘, so die WELT, übernehmen.

Wenn man im juristischen Sinne vielleicht nicht von grober Fahrlässigkeit sprechen kann, drängt sich doch die Frage auf: Warum hat Baerbock bei der kriminellen Aktion ihres Schatzmeisters weggeschaut? Bewusst oder unbewusst? Oder war es nur die Unfähigkeit, nicht einmal so einen kleinen Landesverband wie den in Brandenburg managen zu können?

Was zeigt uns das? Baerbock kann nicht mal einen kleinen Landesverband führen, maßt sich aber an, Deutschland regieren zu wollen.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-baerbock-hat-schon-bei-der-fuehrung-ihres-kleinen-gruenen-landesverbandes-versagt-will-aber-deutschland-regieren/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 29.6.2021

Grüner Sturzflug: Kanzlerkandidatin Baerbock hat offenbar in ihrem Buch auf peinlichste Weise abgeschrieben

Erneut tauchen schwere Plagiats-Vorwürfe gegen die grüne Kanzlerkandidatin auf. Das Blog eines Plagiat-Gutachters enthüllt, dass Annalena Baerbock ganze Textpassagen ihres Buchs „Jetzt. Wie wir unser Land erneuern“ offenbar mit nur geringfügigen Änderungen kopiert hat, ohne die Quelle anzugeben. In einem kopierten Satz über die Ost-Erweiterung der EU besteht die einzige Änderung darin, dass sie eine „gegenderte“ Schreibweise mit Sternchen eingefügt hat.



Peinlich auch, dass Baerbock offenbar Wikipedia-Artikel als seriöse Quelle für die Ableitung politischer Forderungen nutzt. Noch einmal zum Mitschreiben: Diese Person will Kanzlerin werden! Wir brauchen Politiker, die authentisch und ehrlich zu sich und zu ihren Positionen stehen – keine Schauspieler und Schaumschläger. Für ein solches Deutschland treten wir ein: „Deutschland. Aber normal.“

[Plagiatsgutachten.com](https://plagiatsgutachten.com/): „[Plagiatsvorwurf gegenüber Annalena Baerbocks Buch „Jetzt. Wie wir unser Land erneuern“.](https://plagiatsgutachten.com/)“

<https://afdkompakt.de/2021/06/29/gruener-sturzflug-plagiats-vorwuerfe-gegen-baerbock-buch/>

Im Saarland zeigt sich, wie die Grünen zur Demokratie stehen

Der saarländische Spitzenkandidat der Grünen, Hubert Ulrich, wehrt sich dagegen, von der eignen Parteispitze wieder abgesetzt zu werden. In einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung spricht er davon, dass „eine mit großer Mehrheit gewählte Liste einfach zur Disposition gestellt“ werde.

Alice Weidel, stellvertretende Bundessprecherin und Spitzenkandidatin, erklärt dazu:

„Das Ganze wäre fast komisch, wenn es nicht schonungslos zeigen würde, wie wenig die Grünen tatsächlich von demokratischen Spielregeln halten: Passt den Spitzenfunktionären wie Baerbock und Habeck ein Wahlergebnis nicht, soll es einfach rückgängig gemacht werden. Das grüne Statut, wonach auf jeden ungeraden Spitzenplatz eine Frau gehört, geht für sie über alles. Punkt.“

Wo Eignung und Befähigung der Maßstab für einen verantwortungsvollen Posten sein sollte, ist es bei den Grünen allein das Geschlecht. Damit werden sie weder den Frauen noch den Männern gerecht, die bei ihnen um Spitzenpositionen konkurrieren. Die Grünen schert das offenbar nicht: Hier sind ideologische Betonköpfe am Werk, die ihre realitätsferne Agenda fundamentalistisch durchsetzen – egal ob es um Genderwahn, Quotenfanatismus, Deutschlandverachtung oder die Klima-Religion geht. Frau Baerbock ist hier nur die Spitze des Eisbergs.“

<https://www.afd.de/alice-weidel-im-saarland-zeigt-sich-wie-die-gruenen-zur-demokratie-stehen/>



Steigende Strompreise sind Folge eines staatlichen Klimaklientelismus!

Wie mehrere Medien heute berichten, steigen die Strompreise weiter. Das trifft insbesondere Wirtschaft und Verbraucher. Dazu Dr. Sylvia Limmer, Mitglied im Bundesvorstand und umweltpolitische Sprecherin der AfD-Delegation im EU-Parlament:

„Noch 2004 hatte der damalige Umweltminister Jürgen Trittin behauptet, die EEG-Umlage würde die Deutschen nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat kosten. Er muss eine sehr große und immer größer werdende Eiskugel gemeint haben.

Seit der EEG-Umlage haben sich die Strompreise in Deutschland mehr als verdoppelt und die Steuern mehr als verdreifacht: Über die Hälfte des Strompreises bestehen heute aus Steuern, Abgaben und Umlagen, so dass Deutschland europaweit die höchsten Strompreise hat. Würde man Steuern und Abgaben bei den Stromkosten herausrechnen, würde die Kilowattstunde in Deutschland 14,51 Cent statt über 30 Cent kosten – der Strom wäre dann günstiger als in Belgien, Irland und Luxemburg und würde nur unwesentlich über dem EU-Durchschnitt liegen.

Die tatsächlichen Strompreise wiederum belasten Verbraucher und Unternehmen zunehmend. Der Großhandelspreis für Strom hat sich beispielsweise seit März 2020 verdoppelt. Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, werden die Unternehmen die höheren Strompreise an ihre Kunden weitergeben – dann wird nicht nur der Strom teurer, sondern auch die Produkte. Zudem droht Arbeitsplatzverlust durch Abwanderung von Unternehmen mit hohem Energieverbrauch.

Das sind die Folgen einer Ökoplanwirtschaft, die mit marktwirtschaftlichen Prinzipien bricht, indem sie durch staatliche Zwangsvermarktung mittels Vorrang einspeisung und zwanzigjähriger garantierter Einspeisevergütung Energieformen subventioniert, die nicht marktfähig sind. Hier werden jährlich hohe Milliardenbeträge von Verbrauchern und der Wirtschaft hin zu wenigen, meist politik- und staatsnahen Subventionsempfängern umverteilt – der reine Klimaklientelismus.

Eine solche Energiepolitik gefährdet das, wofür sie stehen müsste: Sicheren, kostengünstigen und umweltverträglichen Strom, der nicht auf Kosten ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands geht. Um Stromkunden und Unternehmen zu entlasten, fordern wir daher die ersatzlose Streichung der Stromsteuer, des EEG und der bestehenden Subventionsverpflichtungen. Die anderen Parteien hingegen forcieren exakt das, andernfalls hätten Union, FDP, SPD und Freie Wähler nicht erst jüngst für das EU-Klimagesetz gestimmt, das Grünen und Linken immer noch nicht weit genug ging. Die AfD ist die einzige Partei, die sich diesem ökoplanwirtschaftlichen Systemumsturz, der scheinbar harmlos mit Klimarettungsrhetorik und Sonnenblumenoptik daherkommt, entgegenstellt.

<https://www.afd.de/sylvia-limmer-steigende-strompreise-sind-folge-eines-staatlichen-klimaklientelismus/>

Fußballveranstaltungen dürfen nicht einseitig politisieren

Wir spielen im Bundestagsplenum ja auch nicht Fußball.

Mannschaftskapitän Manuel Neuer hat gestern in einer Pressekonferenz angekündigt, dass die deutsche Fußballnationalmannschaft heute Abend vor Beginn der Partie gegen England gemeinsam mit den Spielern der englischen Nationalmannschaft niederknien würde. Damit wolle man ein „Zeichen gegen Rassismus“ setzen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher, erklärt dazu:



„Die Regeln der UEFA sind glasklar und auch richtig: Bei Wettbewerbsspielen dürfen politische Botschaften weder durch Gesten, Bilder, Worte noch durch andere Mittel verbreitet werden – aus gutem Grund. Denn politische Botschaften verkehren das Verbindende des Fußballs in sein Gegenteil.

Ein Millionenpublikum, das einem Europameisterschaftsspiel beiwohnt, besteht aus lauter Individuen, die keineswegs alle dieselben weltanschaulichen, religiösen oder politischen Überzeugungen haben. Senden einzelne Spieler oder ganze Mannschaften eine politische Botschaft aus, drängen sie damit also einer Vielzahl von Fußballfans, die anderer Auffassung sind, die eigene auf. Das spaltet, statt zu verbinden.

Genau deshalb haben politische Botschaften im Fußball nichts verloren. Daran ändert auch nichts, wenn man eine Botschaft persönlich für noch so richtig, wichtig oder moralisch überlegen hält. Denn ob sie das tatsächlich ist, liegt stets allein im Auge des Betrachters.

Also: Schuster bleib bei deinen Leisten. Wir spielen im Bundestagsplenum ja auch nicht Fußball, dort ist der Ort für die politische Debatte.“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-fussballveranstaltungen-duerfen-nicht-einseitig-politisieren-wir-spielen-im-bundestagsplenum-ja-auch-nicht-fussball/>

Merkels Migrationspolitik importiert islamistischen Terror und bedeutet Tod und Elend in Deutschland

Migrationsforscher Professor Ruud Koopmans hat gegenüber der Bild-Zeitung anlässlich des islamistischen Terroranschlags in Würzburg und der Reaktionen der Bundesregierung erklärt: „Die Verneinung des religiösen Hintergrunds führt dazu, dass das Problem nicht erfolgreich bekämpft werden kann.“

Für Koopmans ist klar: Deutschland hat ein Islamismus-Problem – und das liegt auch an der Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung. Laut Koopmans kommen „überwiegend junge Männer aus Ländern, in denen der gewalttätige Islamismus sehr stark verbreitet“ sei. Und der Experte stellt weiter fest, dass man die Folgen dieser „explosiven Mischung“ bei Terrorattacken wie in Würzburg – aber auch in der Kriminalstatistik sehe.

Für den Migrationsforscher ist klar: „Es gibt eine sehr hohe Überrepräsentation dieser Zuwanderergruppe insbesondere bei schweren Gewalt- und Sexualdelikten.“ Zudem liegt dem Magazin Focus eine BKA-Analyse vor mit Informationen zur Zuwandererkriminalität im Bereich schwerster Straftaten gegen das Leben: So zählt das Bundeskriminalamt zwischen 2016 und 2020 insgesamt 2.000 Tötungsdelikte (1.989 aufgeklärte Fälle), bei denen mindestens ein Zuwanderer ermittelt wurde.

Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin, erklärt:

„Würzburg hat erneut gezeigt: Merkel hat mit der illegalen Grenzöffnung den islamistischen Terror und zahllose junge Männer importiert, die mit schweren Gewalt- und Sexualdelikten den Alltag in Deutschland verändert haben.

Mädchen und Frauen sind, wie in Würzburg, die bevorzugten Opfer dieser von Merkel importierten Tätergruppe. Und ihr Regierungssprecher faselt faktenwidrig etwas von einem „Amoklauf“. Lüge und Vertuschung im Vorwahlkampf, um von Merkels historischem Versagen abzulenken.



Auch die drei Frauen von Würzburg starben mittelbar durch Merkels Politik. Derzeit sind mehr als 290 000 Ausländer ausreisepflichtig, die dennoch nicht abgeschoben werden.

Als AfD fordern wir das Ende der fortgesetzten Masseneinwanderung und die sofortige und konsequente Abschiebung von Gefährdern, Kriminellen und psychisch labilen Islamisten zum Schutze der hier lebenden Menschen, aber auch die konsequente Abschiebung von allen anderen illegal Eingereisten ohne Schutzgrund. Dänemark und Ungarn sollen unsere Vorbilder sein.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-merkels-migrationspolitik-importiert-islamistischen-terror-und-bedeutet-tod-und-elend-in-deutschland/>

Vor WEM knien die eigentlich genau...?

Neuerdings gehört es offenbar bei populären Sportarten dazu, daß die Sportler beim Abspielen der Nationalhymne irgendwelche Faxen machen. Gerade die aktuelle Fußball-Europameisterschaft scheint darin ein regelrechter Überbietungswettbewerb zu sein. Besonders hoch im Trend liegt derzeit das Niederknien. Vor wem genau knien Neuer & Co. eigentlich nieder?



Es soll ein »Zeichen gegen Rassismus« sein, heißt es. Tatsächlich ist es ein Einknicken vor dem linksliberalen Zeitgeist. Diese Unterwerfungsgeste schwappte im Zusammenhang mit der westlichen »Black Lives Matter«-Kampagne auch nach Deutschland. Angesichts der starken ideologischen Aufladung des Symbols und des polit-medialen Druckes kann hier von einem selbstbestimmten Bekenntnis

gegen Rassismus keine Rede mehr sein. Und wenn man sich das Gebaren der BLM-Aktivistinnen und ihre Reden anschaut, ist da von Entspannung und Gleichberechtigung wenig zu spüren. Vielmehr geht es um einen neuen Machtanspruch.

»Ein Ungar kniet in drei Fällen nieder: vor Gott, vor seinem Land und wenn er um die Hand seiner Geliebten anhält« — der ungarische Staatschef Viktor Orbán scheint von dieser »großen Geste« der »Mannschaft« wenig zu halten. In den durch jahrzehntelanger kommunistischer Zwangsherrschaft geprägten osteuropäischen Staaten hat man sich offenbar ein feines Gespür für solche, von ihnen als anmaßend und frech empfundenen, Hegemonialansprüche bewahrt. Gut so!

Besonders schief wirkt diese Geste vor dem Hintergrund der Morde von Würzburg. Die Bürger sind erschüttert und die Opfer noch nicht begraben, aber anstatt innezuhalten, kündigt Manuel Neuer nun an, vor dem heutigen Spiel gegen England wieder für den George-Floyd-Kult auf die Knie zu gehen.

Wen genau vertritt die »Mannschaft« eigentlich bei diesem Länderspiel?

<https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591/2972847302956536/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.6.2021

Für eine günstige und gesicherte Energieversorgung steht nur die AfD

Preisexplosion im Energiesektor: Um 52 Prozent wurde Heizöl im Vergleich zum Vorjahr teurer. Der Liter Super kostet 23 Prozent mehr, Diesel sogar 25 Prozent. Insgesamt stiegen die Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr um fast 10 Prozent, teilte das statistische Bundesamt mit. Besonders betroffen vom „Preisschock“ (Bildzeitung) sind Rentner und Geringverdiener.

Alice Weidel, stellvertretende Bundessprecherin und Spitzenkandidatin, erklärt dazu:

„Keinen Deut scheren sich die etablierten Parteien, um die Folgen ihrer maßlosen Verteuerungspolitik. Rentner und Geringverdiener sind besonders betroffen, wenn staatliche Maßnahmen die Preise für Benzin und Strom in die Höhe treiben. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die Stromanbieter haben für 2022 den nächsten Preisschub angekündigt. Die steigende CO₂-Steuer wird den Benzinpreis weiter in die Höhe treiben. Inflation, Kurzarbeit, ausbleibende Lohnerhöhungen und Nullrunden bei der Rente lassen Renten, Pensionen, Ersparnisse und Gehälter zusätzlich dahinschmelzen.“

Mit aller Kraft wendet sich die AfD gegen diese Politik der sozialen Kälte. Wir setzen uns für eine gesicherte und günstige Energieversorgung ein. Sie ist eine Grundvoraussetzung für Wohlstand, Sicherheit und Gesundheit. Politiker, die dies missachten, haben an der Spitze eines Staates nichts zu suchen.“

<https://www.afd.de/alice-weidel-fuer-eine-guenstige-und-gesicherte-energieversorgung-steht-nur-die-afd/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.7.2021

Unabhängige Richterschaft und Rechtsstaat in akuter Gefahr

Weitere Hausdurchsuchung bei Weimarer Richter.

Bereits zum zweiten Mal hat die Polizei Privaträume und Büro eines Weimarer Richters sowie von acht Zeugen – darunter einem weiteren Amtsrichter aus Weimar – durchsucht, nachdem Ersterer am 8. April 2021 die Maskenpflicht, Abstandsregeln und Testauflagen per Beschluss an zwei Weimarer Schulen außer Kraft gesetzt und damit bundesweit für Aufsehen gesorgt hatte.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender und ehemaliger Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, warnt, dass der Rechtsstaat nach solchen Vorgängen ernsthafter denn je in Gefahr sei:

„Die Hausdurchsuchungen sollen – das ist für mich offensichtlich – zur Einschüchterung von Richtern und Zeugen beitragen und bewirken, dass diese zukünftig keine den Regierenden missfallenden Urteile mehr fällen. Hier wird ein Exempel nach dem Motto ‚Bestrafe Einen – erziehe Hunderte‘ statuiert, das einem Rechtsstaat alles andere als würdig ist.“

Dass unter den Personen, die den Richter angezeigt haben, auch die Thüringer SPD-Landtagsvizepräsidentin ist und die Thüringer Staatsanwaltschaft einem grünen Justizminister und Nichtjuristen untersteht, zeigt deutlich, dass es sich um eine einseitig politische



Instrumentalisierung der Justiz handelt, die erbärmlich ist.“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-nach-weiterer-hausdurchsuchung-bei-weimarer-richter-unabhaengige-richterschaft-und-rechtsstaat-in-akuter-gefahr/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.7.2021

Austritt der Türkei aus Istanbul-Konvention

Jetzt kann Merkel das erste Mal Erdogan guten Gewissens folgen.

Die türkische Regierung hat den Austritt aus der Istanbul-Konvention des Europarats per Dekret beschlossen.

Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin, erklärt:

„Auch die Türkei macht mal etwas richtig: Sie ist aus der sogenannten Istanbul-Konvention ausgestiegen. Dem sollte Deutschland folgen: Bei dieser Konvention geht es nur vordergründig um den Schutz von Frauen vor Gewalt. In Wirklichkeit steht der ideologische Gender-Kampf im Mittelpunkt der Istanbul-Konvention.

Deshalb hat zum Beispiel Kroatien festgestellt, dass es sich durch die Konvention nicht verpflichtet sehe, ‚die Gender-Ideologie in das kroatische Rechts- und Bildungssystem einzuführen oder die verfassungsmäßige Definition der Ehe zu modifizieren‘.

Merkel kann im Fall des Austritts aus der Istanbul-Konvention dieses Mal mit gutem Gewissen Erdogan folgen.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-austritt-der-tuerkei-aus-istanbul-konvention/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 26./27.6.2021

Ruttes Angriff auf Ungarn ist inakzeptabel

Zu den Äußerungen des niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte, Ungarn habe wegen der Haltung der Regierung Orban zur Homosexualität nichts mehr in der EU zu suchen, teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland, mit:



„Der Angriff Ruttés auf Ungarn ist völlig inakzeptabel und ein unverhältnismäßiger Eingriff in die inneren Angelegenheiten Ungarns. Es geht den niederländischen Ministerpräsidenten nichts an, wie die vom ungarischen Volk gewählte Regierung in Budapest das Land regiert.

Wenn die EU versucht, über die innere Verfasstheit ihrer Mitglieder zu bestimmen und vermeintliche Abweichler zu sanktionieren, begibt sie sich auf den verhängnisvollen Weg in einen Einheitsstaat. Das werden nicht nur die freiheitsliebenden EU-Mitglieder in Ost- und Mitteleuropa, die sich ihre Freiheit am Ende des Kalten Krieges hart erkämpft haben, nicht mit sich machen lassen.

Es ist an der Zeit, dass sich die EU wieder auf ihre ursprüngliche Aufgabe, die Gestaltung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes, konzentriert. Der Versuch, die Mitgliedsstaaten der EU mit Zwangsmaßnahmen politisch und gesellschaftlich auf eine Linie zu bringen und damit die unterschiedliche Geschichte und die Traditionen der europäischen Völker zu missachten, wird die Gemeinschaft sprengen und die europäische Idee zerstören.“

<https://afdbundestag.de/gauland-ruttés-angriff-auf-ungarn-ist-inakzeptabel/>

Ohne Merkels Grenzöffnung könnten die Opfer von Würzburg noch leben

Zum tödlichen Messerangriff in Würzburg durch einen abgelehnten Asylbewerber teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland, mit:

„Nach dem schrecklichen Messerangriff in Würzburg, der uns alle erschüttert, reicht es nicht, die Opfer zu betauern und danach zur Tagesordnung überzugehen. Wir müssen die politisch Verantwortlichen für diese Tat benennen und endlich die Konsequenzen ziehen.

Um es ganz klar zu sagen: Diese drei Menschen könnten ohne Merkels unverantwortliche Politik der offenen Grenzen noch leben. Denn der Täter ist 2015, dem Jahr der Grenzöffnung, aus Somalia nach Deutschland gekommen.

Und auch danach hat die Politik versagt: Die Opfer müssten von ihren Familien nicht betrauert werden, wenn der Mann, dessen Asylantrag abgelehnt wurde, danach umgehend abgeschoben worden wäre. Angesichts der ständig sinkenden Zahl der Abschiebungen ist dieser Umstand besonders besorgniserregend. Wie viele potenzielle Attentäter halten sich noch in unserem Land auf, obwohl sie längst hätten abgeschoben werden müssen?

Die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern dürfen nach dieser Bluttat die Bürger nicht wieder mit Allgemeinplätzen und Beschwichtigungen abspeisen. Sie müssen endlich die Verantwortung für ihre Politik der offenen Grenzen übernehmen und dürfen die Tat von Würzburg nicht wieder als Einzelfall verharmlosen.

Und sie müssen endlich alles dafür tun, dass sich so eine Tat nicht wiederholt. Denn dieser Staat ist in erster Linie dafür verantwortlich, die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren und nicht für das Wohlergehen von Menschen zu sorgen, die hier überhaupt nicht hergehören.“

<https://afdbundestag.de/gauland-ohne-merkels-grenzoeffnung-koennten-die-opfer-von-wuerzburg-noch-leben/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.6.2021

Fünf Tage Quarantäne für Urlaubsrückkehrer muss sofort vom Tisch

Zur aktuellen Debatte um Quarantäneregeln für Urlaubsrückkehrer äußert sich stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Tourismusausschusses, Sebastian Münzenmaier, wie folgt:

„Die Debatte um mindestens fünf Tage Quarantäne für Urlaubsrückkehrer ist weltfremd und muss sofort beendet werden. Niemand kann absehen, welche Reiseziele in ein paar Wochen als Risikogebiete oder gar Hochinzidenz- beziehungsweise Virusvariantengebiete ausgewiesen werden. Urlauber erfahren somit möglicherweise erst im Urlaub, dass sie nach der Rückkehr in Quarantäne müssen. Wer dann seinen Urlaubsanspruch bereits aufgebraucht hat, bekommt ein Problem. Die bundesweite Inzidenz liegt aktuell zwischen fünf und sechs. Es besteht daher kein Anlass, Menschen ihren Urlaub zu vermiesen und die Tourismusbranche weiter in die Krise zu stürzen. Das Ganze erinnert an den letzten Sommer, als deutsche Spitzenpolitiker den Menschen ihren Urlaub systematisch ausreden wollten. Die aktuellen Wortmeldungen von Hamburgs Bürgermeister Tschenschner, Berlins Regierendem Bürgermeister Müller oder SPD-Untergangsprophet Lauterbach sind jedenfalls in der jetzigen Situation unangemessen und eher Ausdruck einer Profilneurose.“

<https://afdbundestag.de/muenzenmaier-fuenf-tage-quarantaene-fuer-urlaubsrueckkehrer-muss-sofort-vom-tisch/>

Olaf Scholz verzichtet auf Geld, das ihm nicht gehört

Ende Mai hatte der Bundesfinanzhof (BFH) die Unzulässigkeit der bestehenden Regelungen zur Rentenbesteuerung festgestellt und die Bundesregierung zur Nachbesserung aufgefordert. Das Gericht sah als erwiesen an, dass es ansonsten zu einer verfassungswidrigen Doppelbesteuerung der Renten insbesondere künftiger Generationen kommen werde. Finanzminister Olaf Scholz will nun reagieren. Er stellt in Aussicht, den Zeitpunkt, ab dem die Renten voll besteuert werden von ursprünglich 2040 um 20 Jahre auf 2060 zu verschieben sowie die Beiträge zur Rentenversicherung früher steuerlich absetzbar zu machen als bisher geplant.

Dazu erklärt die rentenpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Ulrike Schielke-Ziesing:

„Es ist abenteuerlich, mit welcher Unverfrorenheit der Finanzminister seinen Sinneswandel, was die Vermeidung einer drohenden Doppelbesteuerung angeht, als generöse Geste gegenüber den Beitragszahlern und Rentnern verkaufen will. Sich an geltendes Recht zu halten, ist keine Nachricht. Noch vor wenigen Wochen hatte sich gerade die SPD mit Händen und Füßen gegen notwendige Änderungen bei den Übergangsregelungen im Alterseinkünftegesetz gesträubt. Seit 2005! Seit dem drohte die doppelte Besteuerung der Renten, nämlich sowohl während der Einzahlungs- als auch während der Auszahlungsphase.“

Um das zu vermeiden, hatten wir als AfD-Fraktion eigens einen Antrag vorgelegt, der die Fristen für die volle Besteuerung der Renten um 30 Jahre nach hinten verschieben wollte. Eine solch naheliegende Regelung wurde im Übrigen auch von zahlreichen Rentenexperten unterstützt, vor allem, da die gesetzliche Umsetzung wahrlich kein Hexenwerk gewesen wäre. Allerdings kostet eine solche Entlastung der Rentner Geld. Geld, auf das Olaf Scholz bis vor wenigen Tagen noch



nicht bereit war, zu verzichten. Nun muss er es.“

<https://afdbundestag.de/schielke-ziesing-olaf-scholz-verzichtet-auf-geld-das-ihm-nicht-gehoert/>

Bundesregierung hat keine Kenntnis über die essenziellsten Gesundheitsfaktoren

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Uwe Witt, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, fragte die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage (Drucksache [19/30266](#)) nach dem Kenntnis- und Entwicklungsstand zur Pharmaproduktion in Deutschland. Die Bundesregierung teilte daraufhin mit, dass ca. 1.700 Betriebsstätten in Deutschland über eine Herstellungs- oder Importerlaubnis für Arzneimittel und Wirkstoffe verfügen. Über die Herstellung von Grundstoffen liegen der Bundesregierung jedoch keine Auflistungen vor. Auch liegen keine weiteren Erkenntnisse der Bundesregierung vor, inwieweit darüber hinaus Produktionskapazitäten durch den Markt geschaffen wurden. Auch keine Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Schaffung von weiteren Produktionskapazitäten von „medizinischen Produkten“. Im Hinblick auf neue Produktionskapazitäten für medizinische Produkte und Arzneimittel in Deutschland und Europa seit Beginn der Coronakrise wurden im Rahmen der Bundesförderung von Produktionsanlagen von Point-of-Care-Antigentests zum Nachweis von SARS-CoV-2 bislang noch keine Förderentscheidungen getroffen.

Uwe Witt erklärt dazu:

„Die Coronakrise macht auch nach über einem Jahr deutlich, wie abhängig Deutschland von ausländischer Arzneimittelproduktion ist. Der überwiegende Teil ehemaliger Produktionskapazitäten in Deutschland und auch Europa wurde aufgegeben oder hauptsächlich nach Indien und China verlegt. Neben Problemen bei der Beschaffung gewöhnlicher Arzneimittel wie etwa Kopfschmerzmedikamenten schlägt die fehlende Produktion im eigenen Land besonders in der derzeitigen globalen Gesundheitskrise mit lebensgefährlicher Härte durch. Es ist erschreckend wie planlos und fahrlässig die Bundesregierung handelt. Über die essenziellsten Gesundheitsfaktoren liegen der Bundesregierung keine Kenntnisse vor. Sie brilliert statt mit zukunftsorientierten Lösungen mit Unwissenheit. Auch die Coronakrise weckt die Bundesregierung nicht auf. Diese verweilt weiter im Winterschlaf, statt endlich zu handeln.“

<https://afdbundestag.de/witt-bundesregierung-hat-keine-kenntnis-ueber-die-essenziellsten-gesundheitsfaktoren/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 29.6.2021

Wer kniet, ist verzweifelt!

Wie man auf diesem Bild schön sehen kann: Wer kniet, ist verzweifelt, weiß nicht mehr weiter und unterwirft sich jenem, dem er unterlegen ist (in diesem Fall dem Schicksal).

Knien ist nie ein Zeichen des Respekts, denn wer kniet, ist nicht mehr auf Augenhöhe, er geht freiwillig in eine unterwürfige Position, in der er sich dem anderen ausliefert.

Kein Mensch bei Verstand kniet, um ein politisches Ziel zu erreichen, denn wer sich unterwirft, wird nicht ernst genommen.

Letztlich ist das Knien von Nationalmannschaften eine Beleidigung für ihr Land und die Zuschauer. Denn die wollen ein möglichst starkes, selbstbewusstes Team sehen, das sie bestmöglich vertritt und nicht eine Mannschaft, die sich schon unterwirft, bevor das Spiel überhaupt begonnen hat.



"In die Knie gehen" steht nicht umsonst für Aufgabe eigener Grundsätze oder nachgeben. Die Mannschaft ist sprichwörtlich in die Knie gegangen, weil sie real in die Knie gegangen ist. (Martin Sichert, MdB zum EM-Aus der „Mannschaft“)

<https://www.facebook.com/sichertmartin/photos/a.1639996592963234/2603001739996043/>

Besser als Truppenaufmärsche und Militärübungen wäre endlich Dialog mit Russland

Die gerade beginnende US-Übung im Schwarzen Meer ‚Sea Breeze‘ (Meeresbrise) kommentiert der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Armin-Paulus Hampel:

„Was ist das für ein politisches Signal? Nachdem gerade ein Zwischenfall zwischen einem britischen Kriegsschiff und russischen Streitkräften vorfiel, beginnt jetzt ein US-geführtes Manöver mit rund 5000 Soldaten, 32 Kriegsschiffen und 40 Flugzeugen unter anderem aus Australien, Südkorea, Pakistan und der Türkei. In dieser Größenordnung hat es das im Schwarzen Meer noch nicht gegeben. Stellen wir uns nur einmal vor, dass Russland in den internationalen Gewässern vor Florida eine ähnlich dimensionierte Übung abhielte. Vermutlich würden die USA ihre Sicherheit bedroht sehen, umfassende diplomatische und militärische Aktivitäten entfalten und einen weltweiten Entrüstungssturm entfesseln, um die Übung zu behindern oder zu beenden. Russland protestiert bisher nur und hält mit Sicherheit gleichzeitig seine Streitkräfte in Bereitschaft.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag begrüßt es ausdrücklich, dass sich die deutsche Marine an dieser Übung nicht beteiligt hat. Zugleich aber halte ich fest: Diese Art von Manövern löst keine Probleme, fördert keine Stabilität in der Schwarzmeerregion und erhöht auch keinesfalls die Sicherheit der Anrainerstaaten. Ein kleiner Zwischenfall könnte aus der leichten Meeresbrise einen unkontrollierbaren Sturm machen. Besser als Truppenaufmärsche und Militärübungen wäre endlich der Dialog mit Russland. Wie schwach Frau Merkel als deutsche Kanzlerin mittlerweile ist, zeigte sich auf ihrem letzten EU-Gipfel, wo sie noch nicht einmal mehr in der Lage war, diesen



Dialog mit Russland voranzutreiben.“

<https://afdbundestag.de/hampel-besser-als-truppenaufmaersche-und-militaeruebungen-waere-endlich-dialog-mit-russland/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.6.2021

Islamistische Terrorat von Würzburg nicht relativieren

Zur medialen Rezeption des islamistischen Terroranschlags in Würzburg und der Betonung einer möglichen geistigen Verwirrtheit des Täters erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland:

„Als das BKA den Amokläufer von Hanau nicht eindeutig als Rechtsextremisten einstufte, gab es einen großen Aufschrei von Politikern der etablierten Parteien und zahllosen Haltungsjournalisten. Die vermeintlichen ‚geistigen Brandstifter‘ standen für sie schließlich schon wenige Stunden nach der Tat fest. SPD-Mann Ralf Stegner forderte erbot: ‚Schluss mit dem Lügenmärchen von psychisch gestörten Einzeltätern!‘

Bei unzweifelhaft islamistischen Anschlägen wie gerade in Würzburg verkehrt sich diese Reaktion des Mainstreams meist ins Gegenteil. Hier dauert es selten lange, bis eine mögliche geistige Verwirrtheit angeführt wird, um die eindeutig islamistische Motivlage des Täters zu relativieren. Ein solches Messen mit zweierlei Maß ist nicht nur pietätlos gegenüber den Opfern und in hohem Maße unredlich, es ist auch grob fahrlässig. Durch dieses Verharmlosen des islamistischen Gefahrenpotentials wird die dafür ursächliche Politik verantwortungslos weiterbetrieben. Stattdessen müsste die illegale Masseneinwanderung endlich gestoppt und müssten islamistische Straftäter und Gefährder umgehend abgeschoben werden.“

<https://afdbundestag.de/gauland-islamistische-terrorat-von-wuerzburg-nicht-relativieren/>

„Strategie für den Games-Standort Deutschland“ ist viel heiße Luft

Das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur hat seine „Strategie für den Games-Standort Deutschland“ vorgelegt. Die digitalpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Bundestag, Joana Cotar, nimmt dazu wie folgt Stellung:

„Viel heiße Luft vom Verkehrsminister und der ohne die nötigen Finanzmittel ausgestatteten Dorothee Bär.

Für den Plan, kleine und mittelständische Unternehmen sowie Start-ups zu fördern, hatte die Regierung die letzten 16 Jahre ausreichend Zeit. Sich nun der Games-Branche zu widmen, ist reine Anbiederung vor dem Wahlkampf.

Ich fordere schon lange das Schaffen von Experimentierräumen, die Entbürokratisierung und die steuerliche Entlastung für Unternehmen – Maßnahmen, die Start-ups wirklich voranbringen und die die Regierung bisher sträflich vernachlässigt hat.

Den Gamern und der gesamten Branche helfen wir am besten, wenn wir Teile des E-Sports endlich – gemäß Abgabenverordnung – dem Sport gleichstellen. Dafür kämpfe ich seit Beginn dieser Legislaturperiode. Die Koalition hat hier eindeutig versagt, denn sie hat sich schlicht nicht an ihren Koalitionsvertrag gehalten.



Die ‚Strategie für den Games-Standort Deutschland‘ liest sich gut, ist aber unter dem Strich nichts anderes als der Versuch der Union, über ihr Scheitern in der Legislaturperiode hinwegzutäuschen und sich bei jungen Wählern anzubiedern. Hinsichtlich einer realen Umsetzung haben wir wohl leider nicht viel zu erwarten.“

<https://afdbundestag.de/cotar-strategie-fuer-den-games-standort-deutschland-ist-viel-heisse-luft/>

Der abrupte Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist die Konsequenz aus dem gescheiterten Einsatz

Die letzten deutschen Soldaten wurden gestern nach fast 20-jährigem Einsatz aus Afghanistan nach Hause gebracht. Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Rüdiger Lucassen, erklärt dazu:

„Das umfängliche Scheitern des Afghanistan-Einsatzes ist seit mindestens 15 Jahren bekannt. Trotzdem klammerte sich die Bundesregierung bis zuletzt an illusorische Einsatzziele und machte sich vollständig abhängig von Entscheidungen aus Washington. 59 deutsche Soldaten haben für diese Planlosigkeit mit dem Leben bezahlt.

Gute Absichten gewinnen keinen Krieg. Die Bundeswehr darf nicht länger als Werkzeug einer ‚wertebasierten‘ Außenpolitik missbraucht werden. Ihre Aufgabe ist die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland. Jeder Auslandseinsatz muss deutschem Interesse dienen und einer klaren Strategie folgen. Das war weder in Afghanistan der Fall, noch ist es in Mali zu erkennen. Der abrupte Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist die Konsequenz aus dem gescheiterten Einsatz.“

<https://afdbundestag.de/lucassen-der-abrupte-abzug-der-bundeswehr-aus-afghanistan-ist-die-konsequenz-aus-dem-gescheiterten-einsatz/>

Deutsches Kontingent aus Mali abziehen

Zum Anschlag auf die Bundeswehr in Mali erklärt der außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Armin-Paulus Hampel:

„Der Zeitpunkt für die heutigen Sondersitzungen des Auswärtigen- und des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag könnte symbolischer kaum sein. Gerade an dem Tag, an dem die letzten Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan abziehen, berichtet die Bundesregierung über die nächste folgenschwere Entscheidung zu deutschen Auslandseinsätzen. Die politische Leitung des Auswärtigen Amtes ging auf Tauchstation und schickte bei dem wichtigen Bericht zu dem Anschlag auf die Bundeswehr in Mali und dessen Auswirkungen auf die Bundeswehrmandate in der Region nur einen beamteten Staatssekretär. Das Ergebnis der mehrstündigen Sitzung: keine politischen Konsequenzen aus dem Zwischenfall. Im Gegenteil, man stellt sich auf einen längeren Einsatz vor Ort ein.

Nach dem Scheitern der Afghanistan Mission steuert die Bundesregierung auf die nächste Niederlage zu. Der Angriff auf die deutschen Soldaten in den vergangenen Tagen in Mali zeigt nicht nur die Verwundbarkeit der deutschen Streitkräfte, sondern entlarvt die Tatsache, dass die gesamte Mission zu scheitern droht. Bereits Anfang dieses Monats hat der französische Präsident Macron einen Teilabzug der französischen Soldaten angekündigt und die Mission realistisch als das beurteilt was sie ist: in der jetzigen Form aussichtslos und opferreich. Wie viele verwundete



oder gar getötete Einsatzkräfte ist die Bundesregierung bereit einzugehen, bevor sie die einzig mögliche realpolitische Entscheidung im deutschen Interesse treffen wird; den kompletten Abzug des deutschen Kontingents aus dem Sahel Staat.“

<https://afdbundestag.de/hampel-deutsches-kontingent-aus-mali-abziehen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.7.2021

Staatlich gefördertes Höfesterben unter dem Deckmantel des Klimaschutzes beenden

In einer Kleinen Anfrage (BT-Drs. 19/30730) hat sich die AfD-Bundestagsfraktion über die Auswirkungen der von der Bundesregierung beabsichtigten Klimaschutzmaßnahmen auf die deutsche Landwirtschaft erkundigt. Die Frageschwerpunkte lagen insbesondere auf dem beabsichtigten Umbau der Nutztierhaltung sowie der zum 1. Januar 2021 eingeführten nationalen CO₂-Bepreisung.

Zu den Antworten der Bundesregierung äußert sich der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, wie folgt:

„Der von der schwarz-roten Bundesregierung beabsichtigte Umbau der Nutztierhaltung wird laut eigener Aussage den Betriebsgrößenstrukturwandel nicht aufhalten können. Das wäre dann der endgültige ‚Todesstoß‘ für die gesellschaftlich erwünschten kleinen und mittleren Tierhaltungsbetriebe. Das lehnen wir entschieden ab.

Bei der nationalen CO₂-Bepreisung macht die Bundesregierung einen fatalen Denkfehler, wenn sie meint, dass die höheren landwirtschaftlichen Produktionskosten über die Produktpreise weitergegeben würden und somit zu keiner Mehrbelastung für die Betriebe führen. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil die deutschen Bauern sich im internationalen Wettbewerb befinden und mit den Dumpingpreisen der Agrarimporte konkurrieren müssen. Kompensationszahlungen, wie sie für andere Sektoren vorgesehen sind, gibt es für die Landwirtschaft nicht. Die nationale CO₂-Bepreisung belastet die deutschen Bauern also zusätzlich.

Anstelle dieses staatlich geförderten Höfesterbens unter dem Deckmantel des Klimaschutzes werden wir die bäuerlichen Familienbetriebe schützen und ihnen wieder mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit zurückgeben.“

<https://afdbundestag.de/protshka-staatlich-gefoerdertes-hoefesterben-unter-dem-deckmantel-des-klimaschutzes-beenden/>

Impfaufforderung an Hubert Aiwanger ist auch Ergebnis seiner eigenen Politik

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat seinen Minister Hubert Aiwanger dafür gerügt, dass er sich bislang nicht hat impfen lassen. Dies führte zu Streit in der Bayerischen Landesregierung.

Peter Boehringer MdB kommentiert diesen Vorgang wie folgt:

„Die Freien Wähler auch in Person von Hubert Aiwanger ernten nun die Früchte, die sie selbst gesät haben. Seit Beginn der Corona-Pandemie haben die Freien Wähler alle Maßnahmen mitgetragen, die der Corona-Sheriff Söder verfügt hat. Verhältnismäßigkeit und Augenmaß spielten dabei keine Rolle. Vielmehr läuft alles in Bayern immer mehr auf eine faktische Impfpflicht hinaus.



Nun wundert sich Herr Aiwanger, wenn dieser Druck sich impfen zu lassen, ihn selbst trifft. Den Anfängen zu wehren, hat er versäumt. Die Geister, die er rief, er wird sie nicht mehr los.“

<https://afdbundestag.de/boehringer-impfaufforderung-an-hubert-aiwanger-ist-auch-ergebnis-seiner-eigenen-politik/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.7.2021

Klare Worte von Kurz – beschämende Relativierungen von Seehofer

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz hat sich nach dem brutalen Mord zweier afghanischer Asyl-Migranten an einem dreizehnjährigen Mädchen in Wien für die konsequente Abschiebung krimineller Asylbewerber und gegen eine unbeschränkte Aufnahme von Zuwanderern in Europa ausgesprochen. Politik und Gesellschaft hätten eine Verantwortung, dass Frauen und Mädchen jederzeit in Sicherheit leben könnten. Dagegen hat Bundesinnenminister Horst Seehofer als Reaktion auf den dreifachen Messermord durch einen abgelehnten Asylbewerber aus Somalia „verstärkte Integrationsbemühungen“ angemahnt.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Alexander Gauland kommentiert diese Reaktionen:

„Die klaren Worte des österreichischen Bundeskanzlers heben sich wohltuend vom beschämenden Schweigen seiner deutschen Amtskollegin ab, die den Auswirkungen ihrer Migrationspolitik nicht ins Auge sehen will. Zwar wird sich auch Sebastian Kurz an den Taten messen lassen müssen, die seiner Ankündigung folgen werden, straffällig gewordene Asylbewerber konsequent abzuschicken und einer unbeschränkten Aufnahme von Zuwanderern in Europa entgegenzutreten.

Kurz' eindeutiges Bekenntnis zur Pflicht des Staates, die Sicherheit seiner Bürger und insbesondere von Frauen und Mädchen uneingeschränkt zu gewährleisten, stünde gleichwohl auch der deutschen Bundesregierung gut an. Zu begrüßen ist auch, dass Kurz alle Versuche zur Relativierung und Entschuldigung solcher Mordtaten durch Asylbewerber scharf zurückweist.

Umso befremdlicher ist es, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer im Blick auf den Messermörder von Würzburg verharmlosend von ‚Integrationsdefiziten‘ spricht. Wer illegal ins Land kommt, Straftaten begeht und im begründeten Verdacht steht, schon in seiner Heimat islamistische Gewalttaten begangen zu haben, hat keinen Anspruch auf ‚Integration‘, sondern lediglich auf schnellstmögliche Abschiebung.

Das Versagen liegt auf Seiten Seehofers und seiner Länderkollegen, die das nicht zustande gebracht haben. Seehofers billiges Ablenkungsmanöver, die Verantwortung dafür indirekt der Mehrheitsgesellschaft zuzuschreiben, ist ein weiterer Schlag ins Gesicht der Opfer und ihrer Angehörigen.“

<https://afdbundestag.de/gauland-klare-worte-von-kurz-beschaemende-relativierungen-von-seehofer/>



Video-Empfehlungen

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Meldungen aus Deutschland und der Welt

Vermischtes aus Deutschland und der Welt

Asyl – der amtlich organisierte Wahnsinn

<https://reitschuster.de/post/asyl-der-amtlich-organisierte-wahnsinn/>

Indoktrination der Jüngsten: Kinderbücher verbreiten Corona-Panik und Transgender-Ideologie

<https://unser-mitteuropa.com/indoktrination-der-juengsten-kinderbuecher-vertreiben-corona-panik-und-transgender-ideologie/>

„Die Mannschaft“ kündigt Geste für Black-Lives-Matter an: Für wen kniet ihr eigentlich?

<https://www.tichyseinblick.de/meinungen/kniefall-die-mannschaft-fueer-wen-kniet-ihr-eigentlich/>



Schwere Plagiatsvorwürfe gegen Baerbock: Teile von Buch abgeschrieben?

https://www.focus.de/politik/plagiatsjaeger-nimmt-gruenen-kandidatin-ins-visier-schwere-plagiatsvorwuerfe-gegen-baerbock_id_13447340.html

Tschechiens Präsident will keine LGBTQ-Demonstrationen

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/tschechiens-praesident-will-keine-lgbtq-demonstrationen/>

Präsidentenwahl: Immer mehr US-Staaten prüfen auf Wahlbetrug

<https://www.wochenblick.at/praesidentenwahl-immer-mehr-us-staaten-pruefen-auf-wahlbetrug/>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08gQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

Corona-Irrsinn immer unerträglicher: Mutter musste Schwimmbad vorzeitig verlassen weil Corona-Test auslief

<https://unser-mittleuropa.com/corona-irrsinn-immer-unertraeglicher-mutter-musste-schwimmbad-vorzeitig-verlassen-weil-corona-test-auslief/>

Gesundheitsamts-Chef: Schluss mit Test-, Überwachungs- und Regelungswahn

<https://www.berliner-zeitung.de/news/gesundheitsamts-chef-schluss-mit-test-ueberwachungs-und-regelungswahn-li.167911>

Mehr Druck auf Impfverweigerer?

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/corona-druck-ungeimpfte-debatte-impfpflicht-100.html>

Beim „Impfweltmeister“ Israel explodieren Corona-Zahlen

<https://unser-mittleuropa.com/neueste-infos-zum-corona-wahn-aktualisierung-taeglichneue-infos-zum-corona-wahn-aktualisierung-taeglich/>

CIA-Neurobiologie-Experte über die Steuerung des menschlichen Gehirns mittels RNA-Impfstoffen

<https://unser-mittleuropa.com/cia-neurobiologie-experte-ueber-die-steuerung-des-menschlichen-gehirns-mittels-rna-impfstoffen/>



Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-qkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

Ein 24-Jähriger sticht in Würzburg wahllos auf Menschen ein.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/motiv-des-taeters-weiter-ungeklaert-was-wir-ueber-den-messerangriff-in-wuerzburg-wissen/27366310.html>

Debatte nach Würzburg-Attacke: BKA-Papier zeigt wahres Ausmaß der Zuwanderer-Kriminalität

https://www.focus.de/kultur/gesellschaft/entwicklung-seit-2016-straftaten-durch-zuwanderer-bka-bericht-listet-rund-2000-toetungsdelikte-seit-2016-auf_id_13441205.html

Nach den Morden von Würzburg: „Nein, Herr Seibert! Ich bin es leid!“

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/spahns-spitzwege/nach-den-morden-von-wuerzburg-nein-herr-seibert-ich-bin-es-leid/>

Würzburger sprengt Tagesschau: „Wir haben Angst in diesem Land“

<http://www.pi-news.net/2021/06/wuerzburger-sprengt-tagesschau-wir-haben-angst-in-diesem-land/>

Mann attackiert Passanten mit Messer in Erfurt

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-06/erfurt-messer-angriff-zwei-verletzte-taeter-flucht>

NACH LEICHENFUND IN GORBITZ: OPFER IDENTIFIZIERT, BESCHULDIGTER IN U-HAFT!

<https://www.tag24.de/dresden/crime/nach-leichenfund-in-gorbitz-opfer-identifiziert-2022457>

Getötete 13-Jährige in Wien: zwei junge Männer festgenommen, Einvernahme am Dienstag

<https://www.tt.com/artikel/30794994/getoetete-13-jaehrige-in-wien-zwei-junge-maenner-festgenommen-einvernahme-am-dienstag>

Mordfall Leonie: Dritter Verdächtiger ist verurteilter Sexualstraftäter

<https://kurier.at/chronik/wien/mordfall-leonie-ein-verdaechtiger-ist-verurteilter-sexualstraftaeter/401431213>

Syrer belästigen Frauen und schlagen Zeugen bewußtlos

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/syrer-belaestigten-frauen-und-schlagen-zeugen-bewusstlos/>

DRESDEN-GORBITZ: 25-JÄHRIGER BEDROHT KINDER MIT MACHETE UND MESSER, RUFT "ALLAHU AKBAR"

<https://www.tag24.de/dresden/crime/dresden-gorbitz-25-jaehriger-bedroht-kinder-mit-machete-und-messer-ruft-allahu-akbar-2024002>

Fakten in Bildern



Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen